



# Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 12. Juni 2026 |

Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Sehr geehrte Damen und Herren,

die politische Agenda bleibt auch in dieser Sitzungswoche außerordentlich dicht. Während die internationale Lage weiterhin von Unsicherheit geprägt ist – sei es durch den anhaltenden russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, die Entwicklungen im Nahen Osten oder die wachsenden geopolitischen Spannungen zwischen den großen Weltmächten –, arbeiten wir in Berlin mit Nachdruck an den Reformen, die Deutschland wieder auf einen nachhaltigen Wachstumskurs bringen sollen.

Im Mittelpunkt stehen dabei wichtige Weichenstellungen für die Zukunft unseres Landes: die Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung, die Modernisierung des Gebäudebestands, die Sicherung unserer Energieversorgung sowie weitere Schritte zum Bürokratieabbau. Unser gemeinsames Ziel ist klar: Wir wollen wieder für mehr wirtschaftliche Dynamik sorgen, Investitionen erleichtern und den Menschen die Gewissheit geben, dass sich Leistung und Anstrengung lohnen. Dafür braucht es die Bereitschaft, Reformen anzupacken und Verantwortung zu übernehmen.

Auch die Außenpolitik spielte in dieser Woche eine wichtige Rolle.

Im Deutschen Bundestag habe ich eine Rede zu den Konsequenzen der gescheiterten Wahl Deutschlands in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gehalten. Die Debatte hat gezeigt, wie wichtig eine strategisch ausgerichtete, verlässliche und international anschlussfähige Außenpolitik ist. Gerade in einer Welt zunehmender Krisen und Konflikte muss Deutschland seine außenpolitischen Interessen selbstbewusst vertreten und zugleich als verlässlicher Partner in internationalen Organisationen auftreten.

Die Herausforderungen sind groß – innenpolitisch wie international. Umso wichtiger ist es, dass wir nicht bei der Problembeschreibung stehen bleiben, sondern konkrete Lösungen auf den Weg bringen. Über die wichtigsten Entscheidungen und Gespräche dieser Sitzungswoche möchte ich Sie auf den folgenden Seiten informieren.

Herzliche Grüße,

Ihr Markus Koob



## Schwerpunkte dieser Ausgabe

- Gesetzliche Krankenversicherung langfristig stabilisieren
- Neustart in der Gebäudepolitik
- Meine Plenarrede: Lehren aus der gescheiterten UN-Kandidatur

## Gesetzliche Krankenversicherung langfristig stabilisieren.

**M**it dem GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz hat der Deutsche Bundestag in dieser Woche die erste Lesung einer umfassenden Reform zur finanziellen Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung beraten. Ziel ist es, den weiteren Anstieg der Krankenkassenbeiträge zu begrenzen und die Finanzierung des Gesundheitssystems langfristig auf eine tragfähige Grundlage zu stellen.

Grundlage des Gesetzentwurfs sind die Empfehlungen der Finanzkommission Gesundheit. Im Mittelpunkt steht dabei die Rückkehr zu einer einnahmeorientierten Ausgabenpolitik. Künftig sollen Ausgabensteigerungen stärker an der tatsächlichen Kostenentwicklung und an den Einnahmen der gesetzlichen Krankenversicherung ausgerichtet werden. Zudem sollen kostenintensive Sondervergütungen und Leistungen ohne nachweisbaren Zusatznutzen für die Versorgung überprüft beziehungsweise beendet werden.

Darüber hinaus enthält der Gesetzentwurf weitere Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzierung. Dazu gehören Anpassungen bei Beitragsbemessungs- und Versicherungspflichtgrenzen, eine stärkere Beteiligung des Bundes an den Gesundheitskosten von Grundsicherungsempfängern sowie Veränderungen bei der Familienversicherung.

Die beitragsfreie Mitversicherung von Kindern bleibt dabei vollständig erhalten.

Mit dem Gesetz soll verhindert werden, dass die Beiträge in den kommenden Jahren weiter stark steigen und Beschäftigte wie Unternehmen zusätzlich belasten.

***Standpunkt:** Ein leistungsfähiges Gesundheitswesen braucht eine solide Finanzierung. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass immer neue Ausgabensteigerungen ohne strukturelle Reformen langfristig zu immer höheren Beiträgen führen. Die Zeche zahlen am Ende Beschäftigte, Rentner und Arbeitgeber gleichermaßen.*

*Deshalb ist es richtig, die Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen Krankenversicherung jetzt grundlegend zu überprüfen und nachhaltige Reformen einzuleiten. Ziel muss sein, die vorhandenen Beitragsmittel effizient einzusetzen und die Finanzierung auf Dauer verlässlich zu gestalten. Dabei gilt: Nicht jede Ausgabe führt automatisch zu einer besseren Versorgung. Entscheidend ist, dass die verfügbaren Mittel dort eingesetzt werden, wo sie den Patientinnen und Patienten tatsächlich zugutekommen.*

*Für uns als CDU/CSU-Fraktion ist klar: Wer dauerhaft stabile Beiträge will, muss auch den Mut haben, bestehende Strukturen zu hinterfragen und Reformen anzustoßen. Das GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz ist ein erster wichtiger Schritt auf diesem Weg. •*

## Neustart in der Gebäudepolitik.

**D**er Deutsche Bundestag hat in dieser Woche die Abschaffung des bisherigen Heizungsgesetzes auf den Weg gebracht und erstmals das neue Gebäudemodernisierungsgesetz beraten. Damit wird ein zentrales Vorhaben des Koalitionsvertrags umgesetzt. Ziel ist es, die bisherige Gesetzgebung durch einen technologieoffeneren, praxistauglicheren und bürokratieärmeren Ansatz zu ersetzen.

Kern der Reform ist die Abschaffung der bisherigen Vorgaben, die beim Einbau neuer Heizungen einen festen Anteil erneuerbarer Energien vorgeschrieben haben. Künftig erhalten Eigentümer wieder deutlich mehr Freiheit bei der Wahl des für sie passenden Heizsystems. Neben Wärmepumpen und Fernwärmeanschlüssen bleiben auch moderne Gas-, Öl-, Hybrid- und Biomasseheizungen möglich. Gleichzeitig wird sichergestellt, dass der Anteil klimaneutraler Energieträger in den kommenden Jahren schrittweise steigt.

Mit dem neuen Gesetz werden zahlreiche Detailvorgaben und Nachweispflichten gestrichen. Nach Schätzungen können dadurch Bürokratiekosten in Milliardenhöhe vermieden werden. Zudem werden die europäischen Vorgaben im Gebäudebereich rechtssicher und ohne zusätzliche nationale Verschärfungen umgesetzt.

**Standpunkt:** *Kaum ein Gesetz hat in den vergangenen Jahren für so viel Verunsicherung*

*gesorgt wie das Heizungsgesetz der Ampel. Viele Eigentümer hatten das Gefühl, dass über ihre Köpfe hinweg entschieden wird und individuelle Lebenssituationen zu wenig berücksichtigt werden.*

*Mit dem Gebäudemodernisierungsgesetz setzen wir auf einen anderen Ansatz: Klimaschutz ja – aber mit Vernunft, Technologieoffenheit und Respekt vor dem Eigentum. Die Menschen wissen selbst am besten, welche Lösung zu ihrem Haus, ihrem Budget und ihrer persönlichen Situation passt. Politik sollte dafür verlässliche Rahmenbedingungen schaffen, statt detaillierte Vorgaben zu machen.*

*Für uns als CDU/CSU-Fraktion ist klar: Klimaschutz gelingt nur, wenn er wirtschaftlich tragfähig, gesellschaftlich akzeptiert und praktisch umsetzbar ist. Die Abschaffung des Heizungsgesetzes ist deshalb nicht nur ein Beitrag zum Bürokratieabbau, sondern auch ein wichtiges Signal für mehr Vertrauen in die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger. •*

## Missbrauch bei Vaterschaftsanerkennungen verhindern.

**I**n dieser Sitzungswoche hat der Deutsche Bundestag das Gesetz zur besseren Verhinderung missbräuchlicher Anerkennungen der Vaterschaft beschlossen. Damit wird eine seit Jahren bekannte Lücke im Aufenthaltsrecht geschlossen.

Hintergrund sind Fälle, in denen die Vaterschaft für ein Kind nicht aus familiären Gründen anerkannt wird, sondern allein dazu dient, aufenthaltsrechtliche Vorteile zu erlangen. Durch die Anerkennung konnte bislang unter bestimmten Voraussetzungen die deutsche Staatsangehörigkeit des Kindes begründet und anschließend ein Aufenthaltsrecht für die Mutter abgeleitet werden.

Künftig gilt: Liegen Anhaltspunkte für einen Missbrauch vor, wird die Anerkennung der Vaterschaft erst wirksam, wenn die zuständige Ausländerbehörde zugestimmt hat. Gleichzeitig werden klare Ausnahmen geschaffen, etwa bei nachgewiesener leiblicher Vaterschaft oder bei einer tatsächlich gelebten familiären Beziehung. Damit werden missbräuchliche Gestaltungen wirksamer verhindert, ohne berechtigte familiäre Bindungen zu beeinträchtigen.

**Standpunkt:** *Unser Aufenthalts- und Staatsangehörigkeitsrecht muss fair, nachvollziehbar und missbrauchssicher sein. Wer Regeln einhält und berechtigte Ansprüche hat, muss sich auf einen funktionierenden Rechtsstaat verlassen können. Umgekehrt darf es keine Möglichkeiten geben, gesetzliche Regelungen gezielt zu umgehen.*

*Deshalb ist es richtig, die bekannten Missbrauchsmöglichkeiten bei Scheinvaterschaften konsequent zu schließen. Dabei geht es nicht darum, echte Familien unter Generalverdacht zu stellen. Im Gegenteil: Die Reform schützt gerade diejenigen, die tatsächlich Verantwortung für ihre Kinder übernehmen und familiäre Bindungen leben.*

*Für uns als CDU/CSU-Fraktion gilt: Humanität und Ordnung gehören zusammen. Ein funktionierender Rechtsstaat muss berechnete familiäre Beziehungen schützen, zugleich aber Missbrauch wirksam verhindern. Das Gesetz schafft hierfür die notwendige Balance. •*

## Meine Plenarrede: Lehren aus der gescheiterten UN-Kandidatur.

Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion durfte ich in dieser Woche zur Aktuellen Stunde über die Folgen der gescheiterten deutschen Kandidatur für einen nichtständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sprechen. Das Wahlergebnis ist zweifellos enttäuschend und Anlass für eine ehrliche Analyse. Gleichzeitig sollten daraus keine vorschnellen oder falschen Schlussfolgerungen gezogen werden. Deutschland bleibt ein zentraler Akteur in den Vereinten Nationen, einer der größten Beitragszahler und ein verlässlicher Partner bei Friedenssicherung, humanitärer Hilfe und internationaler Zusammenarbeit.

In meiner Rede habe ich darauf hingewiesen, dass die Ursachen für das Wahlergebnis vielfältig sind. Dazu zählen unter anderem die vergleichsweise späte Anmeldung der deutschen Kandidatur sowie Glaubwürdigkeitsverluste der deutschen Außenpolitik in den vergangenen Jahren. Zugleich verändert sich die internationale Ordnung:

Viele Staaten des Globalen Südens vertreten ihre Interessen heute selbstbewusster und unabhängiger als noch vor einigen Jahren. Auf diese Realität muss sich auch die deutsche Außenpolitik einstellen.

Klar ist für mich: Die Antwort auf dieses Ergebnis kann nicht Rückzug oder Isolation sein. Im Gegenteil. Deutschland muss seine Beziehungen zu Partnern weltweit weiter ausbauen, insbesondere in Afrika, Asien und Lateinamerika. Erfolgreiche Außenpolitik entsteht durch verlässliche Partnerschaften, aktive Diplomatie und die Bereitschaft, internationale Verantwortung zu übernehmen. Das Wahlergebnis ist daher kein Urteil über Deutschlands Rolle in der Welt, sondern ein Auftrag, unsere Diplomatie noch strategischer und wirksamer auszurichten. •

## Dialog über Demokratie und gute Regierungsführung in Afrika.

**A**m Rande der Sitzungswoche habe ich mich mit einer hochrangigen Delegation des African Peer Review Mechanism (APRM) unter Leitung von Generalsekretärin Botschafterin Marie-Antoinette Rose Quatre ausgetauscht. Der Besuch fand im Rahmen einer Informations- und Dialogreise nach Berlin und Brüssel statt und bot die Gelegenheit, über aktuelle politische Entwicklungen auf dem afrikanischen Kontinent sowie die Zusammenarbeit zwischen Afrika und Europa zu sprechen. •

Der APRM ist eines der wichtigsten Instrumente der Afrikanischen Union zur Förderung von guter Regierungsführung, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftlicher Entwicklung. Im Mittelpunkt unseres Gesprächs standen die Herausforderungen, vor denen viele afrikanische Staaten derzeit stehen – von demokratischen Rückschritten und politischen Krisen bis hin zu Konflikten in der Sahelzone, im Sudan und in Ostafrika. Gleichzeitig ging es um die Frage, wie stabile Institutionen, Transparenz und Rechtsstaatlichkeit als Grundlage für wirtschaftliches Wachstum und nachhaltige Entwicklung gestärkt werden können.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Umsetzung der Afrikanischen Freihandelszone sowie die Verbesserung des Investitionsklimas auf dem Kontinent. Einigkeit bestand darüber, dass wirtschaftliche Entwicklung, Sicherheit und gute Regierungsführung eng miteinander verbunden sind und langfristige Stabilität nur auf dieser Grundlage entstehen kann. Besonders interessant waren die Einschätzungen der Delegation zu afrikanischen Reformprozessen und zur Rolle regionaler Institutionen bei der Bewältigung aktueller Krisen.

Ich danke der Delegation des APRM für den offenen und konstruktiven Austausch. Gespräche wie diese zeigen, wie wichtig der direkte Dialog mit afrikanischen Institutionen ist, wenn wir die Partnerschaft zwischen Europa und Afrika weiter vertiefen und gemeinsame Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit entwickeln wollen. •

## Die gute Nachricht der Woche I **Positive Signale vom deutschen Strommarkt.**

**D**ie Entwicklung auf dem deutschen Strommarkt sorgt für positive Signale: Erstmals seit Ende 2023 hat Deutschland im ersten Quartal dieses Jahres wieder mehr Strom exportiert als importiert. Die Stromexporte stiegen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um rund 20 Prozent, während die Importe deutlich zurückgingen. Insgesamt ergab sich ein Exportüberschuss von 3,1 Milliarden Kilowattstunden.

Besonders erfreulich ist dabei die Entwicklung der heimischen Stromerzeugung. Mehr als die Hälfte des erzeugten Stroms stammt inzwischen aus erneuerbaren Energien. Vor allem die Windkraft verzeichnete starke Zuwächse und leistete einen wesentlichen Beitrag zur gestiegenen Stromproduktion. Gleichzeitig konnte Deutschland seine Rolle als wichtiger Energiepartner innerhalb des europäischen Strommarktes weiter ausbauen.

Die Zahlen zeigen, dass eine leistungsfähige Energieinfrastruktur und ein funktionierender europäischer Strommarkt entscheidend für Versorgungssicherheit und wirtschaftliche Stabilität sind. Gleichzeitig unterstreichen sie die Bedeutung weiterer Investitionen in Netze, Speicherkapazitäten und verlässliche Kraftwerkskapazitäten. Nur mit einem ausgewogenen Energiemix kann Deutschland auch künftig wettbewerbsfähig bleiben und seine industrielle Stärke sichern.